

## **Haushaltsrede DIE LINKE im Heilbronner Gemeinderat**

**18.3.2021 Konrad Wanner**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Anwesende,

der Doppelhaushalt 2021\_2022 wird in einer beispiellosen Situation erstellt. Die Corona-Pandemie macht alle dunklen Wolken über dem städtischen Haushalt noch düsterer - in den kommenden Jahren werden negative Jahresabschlüsse erwartet.

Eine Vorbemerkung zum Haushaltsverfahren: die Erstellung des Haushaltes ist das Königsrecht des Gemeinderates. Schon die Erstellung im 2-Jahresrhythmus ist eine Beschränkung der Einflussnahme des Gemeinderates. Nun wurde auch noch die Redezeit der Fraktionssprecher\*innen um ein Drittel gekürzt. Ich verstehe nicht, dass der Ältestenrat diese Einschränkung so vereinbart. Warum wurde nicht ein zweiter Sitzungstag für die vielen anderen Themen angesetzt?

In den zurückliegenden Monaten wurden die Gebühren für die Kindertageseinrichtungen für viele Eltern erhöht (DS 296/2019). Die Müllgebühren steigen bis 2024 für einen 4-Personenhaushalt um 12,6% (DS 325/2020). Und die Busfahrkarte wurde in der Stadt Heilbronn am 1. Januar auf 2,50 € erhöht. Und mit dem uns heute vorliegenden Antrag will die Stadtverwaltung die Gebühren für die Ganztagesbetreuung um teilweise weit über 100 % erhöhen.

Wir LINKE haben viele Gebührenerhöhungen mitgetragen. Die Erhöhung der Ganztagesbetreuung lehnen wir allerdings ab.

Um die städtischen Finanzen auf der Einnahmeseite zu verbessern beantragt DIE LINKE eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf 435 Hebepunkte, das ist der bundesweite Durchschnitt bei der Gewerbesteuer. Wie Ihnen als teilweise langjährige Stadträt\*innen bekannt ist, wird mit der Gewerbesteuer der Gewinn besteuert. Freiberufler, Nichtgewerbliche Selbständige sowie Land-+ Forstbetriebe sind befreit. Und es gibt Freibeträge von bis zu 24500€. Zahlreiche Minijobber und Teilzeitbeschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie und in der Hotellerie konnten und durften in den letzten Monaten nicht arbeiten und viele in diesen Personengruppen erhalten weder Kurzarbeitergeld noch Arbeitslosengeld. Mieten, Strom, Gas, Wasser und vieles mehr müssen aber weiterhin bezahlt werden. Auch zahlreiche Kleingewerbetreibende, Hotel- und Gaststättenbetreiber sind pandemiebedingt zur Untätigkeit und zum Verzicht auf Einnahmen gezwungen. Damit kein falscher Eindruck entsteht: die Maßnahmen sind notwendig, um irgendwann die Krise gesund zu überstehen.

Wenn es aber Firmen in so einer Zeit möglich ist, weiter zu produzieren und Gewinne zu erwirtschaften, dann war das schon eine vorteilhafte Situation. Und dann gehört es zur gesellschaftlichen Verantwortung, dass sich die wirtschaftlich Starken mehr an den

Krisenlasten beteiligen. Und mal ehrlich: 15 Hebepunkte mehr sind gerade mal eine Erhöhung von 3,6%.

Mir fallen noch weitere Einnahmequellen und Finanzmittel ein, die den Kommunen und damit auch der Stadt Heilbronn mehr Einnahmen verschaffen würden. Erst am Mittwoch hat die Heilbronner Stimme berichtet, dass die Bundesrepublik in 2020 ihre Rüstungsausgaben um 8,4 Prozent gesteigert hat das sind stolze 4 Milliarden Euro, die auch uns Kommunen in der Bewältigung der Krisenfolgen fehlen.

Oder schauen wir auf die 63.751.000 €, welche die Stadt Heilbronn zwischen 2014 und 2026 in die Neubauten der SLK-Kliniken investiert. Krankenhausneubauten sind eine originäre Landesaufgabe. Dafür gibt es seit 1972 das Krankenhausfinanzierungsgesetz. Mit mehreren Veränderungen in den letzten Jahrzehnten wurde die Finanzierung von Krankenhausneubauten so verschlechtert, dass ein neues Krankenhaus bevorzugt dort gebaut wird, wo eine Kommune den größten Eigenanteil aufbringt. Es ist ein altes Problem der Finanzpolitik in der Bundesrepublik: den Kommunen bleibt immer weniger Geld, weil Aufgaben von oben nach unten durchgereicht werden und keine ausreichenden Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Erstellung unserer HH-Anträge haben wir LINKE drei Schwerpunkte zu Grunde gelegt.

**Klimaschutz und Verkehrswende:** im Mobilitätskonzept 2030 hat der Gemeinderat die Erhöhung des Anteils von Bus- und Stadtbahnverkehr, Radverkehr und Fußgängerverkehr auf 50 % bis 2030 beschlossen. Wenn aber von 158 Mio Investitionen im Tiefbauamt bis 2025 nur 3,6 Mio für neue Radwege, nur 550.000€ für neue Busspuren und nur wenige Tausend € für neue Fußgängerwege eingeplant werden, dann wird die Stadt HN vielleicht im Jahr 3020 eine Mobilitätswende erreichen. DIE LINKE beantragt den Umbau der Bottwarbahntrasse in einen Radweg, die Trennung in einen Fuß- und Radweg zwischen der Kaffeebucht und dem Wertwiesenpark sowie den Bau eines durchgehenden Radweges entlang den Bahngleisen zwischen der neuen Böckinger Mitte und der Brücke über die Neckartalstraße.

Ein Wort zur „Fahrradfreundlichen Kommune“ Heilbronn: 20 Millionen € wurden in die Umgestaltung der neuen Böckinger Mitte investiert, aber am Schluss sollen keine 40.000€ mehr für die Asphaltierung des Radweges übrig sein, da verwundert es nicht, wenn Heilbronn bei der Umfrage des ADFC unter ferner liefen bewertet wird.

Zur zukunftsfähigen und sozialen Mobilität gehört der massive Ausbau des Busverkehrs. Busspuren, kürzere Taktzeiten und ein 365-€-Jahresticket sehen wir als Paket. Ja, das kostet Geld, viel Geld. Ein Blick auf viele Städte, die schon die Idee des 365-Jahrestickets realisiert haben, zeigt, dass das Konzept als Ganzes mehr Fahrgäste und mehr Attraktivität des ÖPNVs bringt. Wir beantragen den Bau einer durchgehenden Busspur vom SLK über die Straße am Gesundbrunnen und die Römerstraße bis zur Kreuzung an der Saarlandstraße. Wenn wir heute diese Busspur planen und bauen, dann ist sie fertig, wenn die Neubaugebiete bezogen werden.

**Soziales und Bildung:** mit unseren Anträgen unterstreichen wir die Bedeutung von sozialen Einrichtungen wie der Erziehungsberatung des Diakonischen Werkes, der Elsa-Sitter-Stiftung und von Pfiffigunde. Der Heilbronner Kunstverein hat im Sommer 2020 aus Solidarität einen Antrag auf Erhöhung der Zuschüsse über 25000 €

zurückgezogen, um der Finanzsituation der Stadt Rechnung zu tragen. Die LINKE beantragt, dem Kunstverein die Zuschüsse nicht um 10 % zu kürzen.

Der gemeinsame Antrag von CDU, Grünen, SPD, FWV, FDP und LINKEN zum Neubau der Neckartalschule steht im neuen Haushalt, ein Erfolg nicht zuletzt des Schulkollegiums.

**Geförderte Wohnungen:** Der Mieterverein hat Ihnen, Herr Oberbürgermeister, den Vorschlag gemacht, jährlich 600.000€ zusätzlich für geförderte Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Wir begrüßen diese Initiative. Mit unserem Antrag zur Schaffung einer Stelle bei der Stadtverwaltung, welche die Koordination und Vermittlung von geförderten Wohnungen in Heilbronn durchführt, möchten wir dem Sachverhalt Rechnung tragen, dass in den nächsten Jahren neben der Stadtsiedlung weitere Vermieter geförderte Wohnungen anbieten und dann eine koordinierte Vermittlung eine Frage der Gerechtigkeit ist.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Anliegen des Gesamtpersonalrates hinweisen. Wir LINKE konnten in einem sehr interessanten Gespräch die Begründung für die Erstellung eines Konzeptes für die klimagerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen erfahren und uns wurden die Erfahrungen mit Homeoffice der städtischen Mitarbeiter dargestellt. Aus beiden Anregungen haben wir zwei Prüfanträge formuliert.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich mich für die vielen Anregungen bedanken, die wir von verschiedenen Gruppen und Organisationen aus Heilbronn und aus den Stadtteilen erhalten haben. Unsere Haushaltsanträge haben wir auch mit unseren Bezirksbeiräten der LINKEN diskutiert und erarbeitet, ihnen gebührt ebenso unser Dank.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.